

2011-03-24

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 10.02.2011

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:05 Uhr
Sitzungsort: Stadtarchiv , 06844 Dessau-Roßlau, Lange Gasse 22

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Bericht über die Lagerung von Archivgut und mögliche Entwicklungsvarianten durch Herrn Dr. Kreißler

Herr Dr. **Kreißler** begrüßt alle Anwesenden in seinen Räumlichkeiten. Er verteilt den Jahresbericht 2010 und möchte deshalb nicht ausführlicher auf die darin enthaltenen Zahlen eingehen. Die Kriterien für die Auswahl des Archivgutes unterscheiden sich in Zwischenarchivierung oder dauerhafter Archivierung. Zum Stadtarchiv gehört weiterhin das Verwaltungsarchiv und seit 1. Februar dieses Jahres auch das Bauaktenarchiv. Im Juli 2007 kam auch das Archiv der Stadt Roßlau hinzu. Rodleben unterhält ein eigenes Archiv, das aber vom Stadtarchiv mit betreut wird. Derzeit werden zur Archivierung einschließlich Rodleben 5 Standorte genutzt, die von 10 Mitarbeitern betreut werden. Von diesen 10 Mitarbeitern haben vier einen kw-Vermerk. Logistisch ist die Verteilung auf 5 Standorte sehr problematisch, weshalb auch die Zentralisation an einen Standort favorisiert wird. Folgende Varianten wurden in Betracht gezogen: Standort Schade-Brauerei (kein städtisches Eigentum) in der Langen Gasse durch Nutzung des bestehenden Baukörpers oder durch Neubau auf den dort vorhandenen Freiflächen, Standort Schule am Rathaus in der Flössergasse mit Magazinneubau (der Vorteil liegt hier darin, dass die Schule in städtischem Besitz ist), der Ausbau des vorhandenen Standortes, Lange Gasse 22 (evtl. unter Nutzung des DWG-Wohnhauses Lange Gasse 1). Vom Stadtarchiv nicht befürwortet werden folgende Varianten: Einmietung in das Objekt Schultheiss-Brauerei (sehr entlegen - löst das logistische Problem nicht) sowie die Beibehaltung der dezentralen Standorte (dann wird dem Archiv die Aufgabenerfüllung bei der beabsichtigten Personalreduzierung nicht mehr möglich sein).

Die Archivierung gehört zu den Pflichtaufgaben der Stadt. Die Aufbewahrungszeiten der in den Dienststellen der Stadt entstehenden Unterlagen werden über Verordnungen festgelegt und können zwischen 10 und 30 Jahren variieren. Danach wird durch das Stadtarchiv entschieden, ob die Materialien vernichtet werden können oder dauerhaft archiviert werden. Daneben wird eine Sammlung von Material über die Stadtgeschichte gepflegt, die entweder durch Überlasser oder Eigeninitiative bereichert wird. Das Leben in dieser Stadt soll umfänglich dokumentiert werden und eine Auswahl dazu wird verantwortungsvoll getroffen. Zur Dokumentation der Stadtgeschichte führt das Stadtarchiv

auch Interviews mit Zeitzeugen durch. Die Archivbibliothek wird regelmäßig von Besuchern bspw. für Forschungsarbeiten genutzt. Seit 1957 gibt das Stadtarchiv den Dessauer Kalender heraus, zusätzlich seit 2004 die Reihe „Veröffentlichungen des Stadtarchivs Dessau-Roßlau“, letztere ohne städtische Gelder. Mitarbeiter des Archivs halten Vorträge bei Lehrerfortbildungen und beteiligen sich an Schulprojekten. Im Archivgebäude Lange Gasse 22 ist Platz für 1200 laufende Meter Archivgut, derzeit werden aber 1245 laufende Meter untergebracht.

Herr Dr. Kreißler lädt alle Anwesenden zu einem Rundgang ein. Er führt die Gäste in den Benutzerraum, der 12 Plätze bietet und in dem größtenteils Zeitungen aufbewahrt werden. Große Teile der Zeitungsüberlieferungen konnten verfilmt werden (zusätzliche Sicherung der Informationen, Arbeitsmittel für Benutzer, da die Originalzeitungen aus Bestandsschutzgründen, Benutzern nicht mehr vorgelegt werden können). Nur wenige Bestandteile konnten bisher digitalisiert werden. Die Digitalisierung erlaubt schnellere und modernere Benutzungsmöglichkeiten, ist jedoch kein Verfahren, mit dem die Aufbewahrung von originalem Schriftgut bald überflüssig wird, da bis heute keine Möglichkeit der im Archivbereich geforderten Aufbewahrung elektronischer Daten auf Dauer existiert. In den weiteren Räumen stellt Dr. Kreißler das Archivgut und dessen Lagerung vor. Abschließend zeigt Herr Dr. Kreißler das Fotomagazin, dessen derzeitige Situation durch negative Einflüsse auf die Bestandserhaltung, wie Sonneneinstrahlung, Heizungswärme oder fehlende Klimaanlage gekennzeichnet sind.

In der anschließenden Diskussion möchte Herr **Hartmann** wissen, ob es bereits Untersuchungen zu den vorgestellten Varianten gibt. Herr Dr. **Kreißler** kann berichten, dass das Bauamt daran arbeitet und es diesbezüglich in der nächsten Woche einen Termin beim Oberbürgermeister geben wird, zu dem auch Herr Reinsdorf vom Bauamt angekündigt ist. Herr Prof. Dr. **Schmidt** möchte wissen, ob das Archiv auf der Prioritätenliste von Herrn Hantusch steht und der Investitionsbedarf angemeldet wurde. Herr Dr. **Kreißler** ist nicht bekannt, was auf der Liste steht, er versichert aber, dass der Verwaltungsspitze der Bedarf bekannt ist.

2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Prof. Dr. **Schmidt** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird ohne Änderungsanträge zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

4. Genehmigung der Niederschrift vom 18.11.10

Der Niederschrift vom 18.11.10 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 1

5. Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1. Informationen der Verwaltung

Herr **Kuras** berichtet, dass die Stadtverwaltung vom **Offenen Kanal** darüber informiert wurde, dass die bisherige Grundfinanzierung des Senders nicht mehr ausschließlich über die Rundfunkgebühren erfolgen soll, sondern auch die Stadt als Finanzierungsgeber herangezogen werden soll. Dies wird auf Grund der angespannten Haushaltslage nicht möglich sein. Weitere Bedenken gibt es, weil die Unabhängigkeit und Neutralität nur über die Finanzierung der Rundfunkgebühren beibehalten werden kann. Anliegen heute ist es, auf das Problem aufmerksam zu machen und die Ausschussmitglieder zu bitten, ihre Möglichkeiten der Einflussnahme zu nutzen. Dazu wurde den Ausschussmitgliedern ein Informationspapier des Offenen Kanals ausgereicht.

5.1.1. Finanzielle Ausstattung Farbfest 2011

Herrn Prof. Dr. **Schmidt** ist beim genaueren Betrachten des Haushalts 2011 aufgefallen, dass der städtische Anteil für das Farbfest weggefallen ist und lediglich die Fördergelder als Durchlaufposten aufgeführt werden. Er richtet die Anfrage an die Verwaltung, ob sich die Stadt aus dem Fest zurückzieht und wie sich die Chronologie des Vorgangs darstellt. Er kann sich nicht erinnern, dass der zuständige Kulturausschuss das Thema vorliegen hatte. Auch im Haushaltsausschuss, so bestätigte Herr Giese-Rehm, wurde das Farbfest ebenfalls nicht behandelt. Da es sich um den damaligen Kompetenzbereich von Herrn Dr. Raschpichler handelte, möchte er von ihm wissen, wie es dazu kam und wie man weiterhin damit umgeht.

Herr Dr. **Raschpichler** erklärt, dass die Festlegung, das Farbfest nicht mehr finanziell zu unterstützen, in der Dienstberatung des Oberbürgermeisters getroffen wurde.

Herr Prof. Dr. **Schmidt** findet den Umgang mit den Stadträten befremdlich, da in keinem Ausschuss darüber beraten wurde. Es stellt sich ihm die Frage, ob es ein Versehen oder ob es so beabsichtigt war.

Darauf kann Herr Dr. **Raschpichler** keine Antwort geben, bemerkt aber, dass der Haushaltsentwurf in den Ausschüssen diskutiert wurde. Herr Otto erwidert, dass es für die Stadträte nicht leistbar ist, jede Veränderung zu bemerken. Nach weiteren Bemerkungen zur Verteilung von Geldern für Feste ergänzt Herr Kuras, dass eine Beschlussvorlage zu den Festen erarbeitet wurde und sofern sie bestätigt wird, im nächsten Kulturausschuss behandelt werden kann.

Herr Prof. **Oswalt** erhält Rederecht. Er erklärt, dass die Stiftung Bauhaus nicht über die Entscheidung informiert wurde. Die Stiftung hat sich bereit erklärt, zur Entlastung der Stadt, künftig die finanzielle Abwicklung des Festes zu übernehmen. Dies kann aber nicht in vollem Umfang erfolgen. Sollte das Fest nicht mehr gewollt sein, muss eine Entscheidung getroffen werden. Wünschenswert wäre eine weiterführende Zusammenarbeit mit der Stadt, dem Theater und der Hochschule. Bisher wurde ein privater Sponsor für das Fest akquiriert. Die Stadt sollte sich weiterhin für den Umzug verantwortlich fühlen. Eine Kooperationsvereinbarung zwischen den genannten Partnern sollte mit konkreten Aufgabenuntersetzungen abgeschlossen werden.

Herr **Hartmann** war die Änderung im Haushalt nicht aufgefallen und schlägt vor, den Zuschuss der Stadt für 2012 wieder in den Haushalt aufzunehmen.

Herr **Otto** hätte gern im Vorfeld über alles gesprochen, muss aber feststellen, dass die Politik hier übergangen wurde.

Frau **Stöbe** weist darauf hin, dass bei der Aufzählung der Kooperationspartner das Theater der Stadt zuzuordnen ist. Sie möchte wissen, worauf die Stadt sich einstellen soll, bei der künftigen Gestaltung des Festes.

Herr Prof. **Oswald** erwidert, dass die Stadt bisher das Fest mit 12,8 T€ unterstützte. Dieses Geld wurde gestrichen. Künftig sollte durch die Stadt weiter unterstützt werden, er möchte aber keinen Betrag in den Raum stellen. Vom Land wurde bereits eine Reduzierung des Zuschusses von 30 T€ auf 10 T€ angekündigt.

Herr Prof. Dr. **Schmidt** meint, dass die Vorbereitung und Durchführung des Farbfestes von der Stadt unterstützt werden sollte. Dazu sollte ein Kooperationsvertrag der drei Partner Stadt, Stiftung Bauhaus und Hochschule geschlossen werden. Dem schließen sich die Ausschussmitglieder an. Grundlagenpapier dafür könnte die Festevorlage sein.

Herr **Hartmann** kann sich an Diskussionen in Bezug auf das Open Air am Theater erinnern. Herr Prof. Oswald versichert, dass es dabei keine Veränderungen geben wird.

Herr **Kuras** erwähnt, dass die Stadt jährlich den Aufbau der Bühne mit ca. 7 T€ finanziert und das Theater das Programm gestaltet.

Herr **Otto** schlägt vor, für die Absicherung des Kurt-Weill-Festes ebenfalls eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

Herr **Weber** erhält Rederecht und verliest eine öffentliche Erklärung in Bezug auf den Zeitungsartikel vom 09.02.11 in der Mitteldeutschen Zeitung über die Initiative „Land braucht Stadt“. Die Erklärung wird an jedes Ausschussmitglied ausgereicht.

5.2. Anfragen und Informationen der Stadträte

Es gibt keine Wortmeldungen.

6. Beschlussfassungen

6.1. Kulturentwicklungsplan: Vorstellung des Projektleiters und Abstimmung zur weiteren Verfahrensweise

Frau **Ziamba** bittet den Oberbürgermeister zu entschuldigen, der kurzfristig erkrankt ist. Auch Herr Vorjans, der die Beschlussvorlage vorstellen sollte, ist erkrankt.

Herr Prof. Dr. **Schmidt** schlägt vor, eine Sondersitzung des Kulturausschusses für den 03.03.11 einzuberufen, in der es ausschließlich um den Kulturentwicklungsplan geht. Dies findet die Zustimmung aller.

6.2. Neuordnung der Schulbezirke **Vorlage: DR/BV/546/2010/V-40**

Herr Prof. Dr. **Schmidt** bittet darum, für die Stadtratssitzung am 02.03.2011 eine Übersichtskarte auszureichen, auf der die Veränderungen erkennbar dargestellt sind. Frau **Wendeborn** sichert dies zu.

Die Neuordnung der Schulbezirke für die Grundschulen in der Stadt Dessau-Roßlau zum 1. August 2011 wird unter Beachtung der als Anlage beigefügten Sonderregelungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

6.3. Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau an "Wege zu Cranach" **Vorlage: DR/BV/553/2010/I-OB**

Herr **Hartmann** möchte wissen, ob die genannte Arbeitsgruppe im Netzwerk eingebunden ist.

Herr Dr. **Michels** erklärt, dass die Wirkungsorte Cranachs vermarktet werden und dafür eine länderübergreifende Zusammenarbeit erforderlich ist. Es betrifft unter anderem die Städte Dessau-Roßlau, Lutherstadt Wittenberg, Weimar, Gotha und Kronach. Jetzt geht es in erster Linie um die Erstellung einer Homepage und die Vermarktung der Idee in Form eines Flyers. Dafür werden von der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2011 2 T€ eingebracht. Erfasst werden selbst die entlegensten Orte auf der Route. Die Aktion ist eingebunden in die Lutherdekade.

Die Stadt Dessau-Roßlau beteiligt sich am länderübergreifenden Projekt „Wege zu Cranach“ zur Förderung von Kultur und Tourismus.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

8. Schließung der Sitzung

Herr Prof. Dr. **Schmidt** schließt um 18:05 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 24.03.11

Prof. Dr. Holger Schmidt
Vorsitzender Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

Schriftführer